



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buchheim, Karl: Die Reichsgründung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Reichsgründung

Von Dr. Karl Buchheim



So schwer wie das Ringen um den Bestand des unseren Feinden jetzt so verhassten Reiches ist, daß wir uns mit Anspannung aller Kraft nun schier einundzwanzig Monde durch Kanonengebrüll und Blutdampf durchkämpfen müssen, so schwer war auch schon der Bau selber. Mancher formenschöne Entwurf mußte zerrissen werden, manche glühende Begeisterung in bitterer Enttäuschung enden, mancher Tropfen Blut fließen, bis der geniale Baumeister über das Werk kam und uns ein wohnlich wetterfestes Haus schuf, das kein Donner erschüttern und kein Sturm zerstören kann. Alle die großen Männer, die am weiteren Ausbau des Reiches gearbeitet, und alle die, die das Reichshaus jetzt haben schirmen helfen, stehen auf den Schultern Bismarcks, der allein der Künstler ist, dessen Geist den Boden zu schaffen verstand, in dem alle seitherige Größe wurzeln konnte.

Indessen gerade wir, die Kämpfer des Weltkrieges, haben uns doch in den Schützengräben das Recht erstritten, Bismarck mit selbstbewußteren Augen anzuschauen, als wir es vor dem August 1914 durften. Der Krieg hat Epoche gemacht, mit ihm ist das Werk Bismarcks endgültig Geschichte geworden. Das heißt, wenn man der Sache auf den Grund geht: das, was für Bismarcks Zeit politische Wahrheit und Notwendigkeit war, das ist für uns nur noch historische Wahrheit und Notwendigkeit. Seit Beginn der wirtschaftlichen und weltpolitischen Entwicklung unseres Volkes im Zeitalter Wilhelms des Zweiten beginnt Deutschland aus dem von Bismarck geschaffenen Rahmen hinauszuwachsen. Nichts anderes als dieses Wachstum hat uns die Heimsuchung des Weltkrieges eingebracht. Aber mit dem siegreichen Bestehen der Heimsuchung, das wir zuversichtlich erwarten, haben wir uns auch das Recht erstritten, uns als Kinder einer neuen Zeit zu fühlen, und zu sagen, daß Bismarcks Arbeit bei all ihrer Riesengröße nunmehr als eine historische Leistung anzusehen ist. Der Zustand

vor dem Kriege war der, daß man wirtschafts- und weltpolitisch über Bismarck hinausging, indem man sich sagte, daß auf diesen Gebieten dem neuen Reiche Aufgaben erwachsen seien, die in Bismarcks zeitgeschichtlichem Gesichtskreis noch nicht oder doch noch nicht in diesem Umfange liegen konnten. Umso mehr aber glaubte man auf dem Gebiete der inneren und der europäischen Politik an Bismarcks Vermächtnis festhalten zu müssen, und es ging nie ohne Gewissenskonflikte unserer öffentlichen Meinung ab, wenn die Verantwortlichen einmal andere Bahnen einzuschlagen schienen. Nach der Bewährung in der schweren Krise dieses Weltkrieges aber dürfen die Leiter unserer Geschichte nunmehr ruhig sagen, daß sie sich das Recht auf Gewissensfreiheit gegenüber Bismarck erkämpft haben. Das ist ein großer innerer Sieg, der bisher der Allgemeinheit noch weniger zu Bewußtsein gekommen ist, als er es verdient.

Bismarcks Arbeit, nunmehr frei von politischer Tendenz, rein nach ihrer historischen Bedeutung gewertet, ist mehr rückwärts gewandt als vorwärts. Sie ist die große Summation unserer politischen Vergangenheit seit dem Zerfall unserer alten Einheit. Bismarck hat uns das Reich zu gestalten gewußt, das auf Grund der jahrhundertelangen politischen und geistigen Zersetzung unserer nationalen Macht und auf Grund der vielgestaltigen territorialen Neubildung unseres nationalen Bodens allein möglich war. Er war der Künstler, der aus dem ungeheuren, aber chaotischen Erbe einer gewaltigen Vergangenheit diejenigen geistigen und physischen Nationalkräfte auszuwählen, zu behauen und aneinander zu fügen verstand, die geeignet waren, in diesem Gefüge zu beharren und die Grundpfeiler für ein wohlliches Haus abzugeben. Er war auch der unbeirrbar, geniale Wertkritiker des praktischen Handelns, der rücksichtslos verwerfen konnte, was in seinen Entwurf nicht paßte und in seinem Gefüge keinen Halt geben wollte, und wäre es an sich noch so groß und wertvoll gewesen. Es ist unbestreitbar, daß Bismarcks Art, die deutsche Frage anzufassen, die einzig erfolgversprechende war. Keiner von den Männern, die vor und neben ihm um ihre Lösung ernstlich bemüht waren, hat wie er ein so klares Bewußtsein gehabt, daß man zu einer solchen Leistung vor allem die Macht hinter sich haben müsse, sie zu vollbringen, und daß man, gestützt auf genaueste Kenntnis der vorhandenen Tatsachen und Kräfte, aus diesen die Bausteine wählen müsse. Darum sagte ich: Bismarck ist der große rückwärts schauende und in der Gegenwart handelnde Summator der deutschen politischen Vergangenheit. Es ist kein Zufall, daß er seine politische Tätigkeit als Reaktionär begann!

Nicht von völlig gleichem Werte ist die Arbeit, die Bismarck nach dem großen Jahrzehnt der eigentlichen Reichsgründung zum Ausbau des von ihm geschaffenen Reiches noch beige-steuert hat. Auch hier finden wir manche große Leistung, aber einige der wichtigsten Bestrebungen, insbesondere seiner inneren Politik, sind doch auch große Fehlschläge gewesen. Man wird das z. B. von seinem Kampfe gegen die katholische Kirche wie von dem gegen die Sozialdemokratie in gleichem Maße sagen dürfen. Bismarck hat geglaubt, alle die

Teile des deutschen Volkes und alle die Strömungen seines geistigen und politischen Lebens, ohne oder sogar gegen die er sein Werk der Reichsgründung hat durchführen müssen, auch nach Vollendung des Baues als „Reichsfeinde“ behandeln zu sollen. Diese aber meldeten ganz mit Recht, nachdem der Bau nicht nach ihren Wünschen und Bedürfnissen geraten war, nun wenigstens für den Ausbau ihre Ansprüche an, da sie doch nun einmal unabänderlich mit unter dem neuen Dache wohnen müßten. Die großdeutschen Wünsche des Volkes waren nicht tot trotz des vernichtenden Urteils, das die kleindeutsche Publizistik, Heinrich von Treitschke an der Spitze, über sie für richtig hielt, und ebenso wenig die demokratischen. Auch auf auswärtigem Gebiete hat es Bismarck z. B. noch lange für gut befunden, aus Gründen der europäischen Politik die weltpolitische Expansion Frankreichs zu fördern, obwohl unserer eigenen bald einsetzenden Expansion der ohnehin schon schmale Raum damit weiter geschmälert zu werden drohte. Die deutsche Weltpolitik haben nach Bismarck andere Männer in die Wege geleitet und sie, so gut es ging, bis zur Schwelle des Weltkrieges nicht verkümmern lassen. Nunmehr, schon im Kriege, kommt die Zeit, wo wir auch in der inneren und europäischen Politik Bismarcks Bahnen in wesentlichen Stücken verlassen müssen. Der Altreichskanzler war eben weniger der vorausschauende Genius der deutschen politischen Zukunft, als vielmehr der gewaltig gestaltende Vollender unserer politischen Vergangenheit. Die Reichsgründung ist die algebraische Summe unserer vorherigen Geschichte, aber nicht zugleich ein Produkt, aus dem wir die Faktoren unserer zukünftigen Entwicklung herausdividieren könnten. Bismarcks Gedanken sind heute nicht mehr Norm für unser politisches, auch nicht für unser innerpolitisches Urteil.

Das neue zweibändige Werk von Brandenburg („Die Reichsgründung“, Leipzig, Quelle u. Meyer 1916, geh. 12 M., geb. 14 M.), dem dieser Aufsatz sein Thema verdankt, ist vor dem Weltkrieg geschrieben und gedruckt worden und erscheint nun jetzt zu einer Zeit, wo es geeignet ist, das Nachdenken über die von mir eben angeschnittenen Fragen anzuregen. Jedes Werk der Geschichtsschreibung, das über die rein fachwissenschaftliche Erörterung des Materials hinausgeht, hat, ohne daß der Vorwurf der Tendenz irgendwie berechtigt wäre, aus seiner Art heraus eine publizistische Bedeutung. Man wird diese den Werken aller unserer großen Geschichtsschreiber: Ranke, auch Giesebrecht und erst recht Sybel und Treitschke zubilligen. Man tut also auch dem neuen Werke von Brandenburg kein Unrecht, wenn man auf seine publizistische Bedeutung hinweist. Im Gegenteil, man würde ihm Unrecht tun, wenn man diese Bedeutung übersehen wollte. Brandenburg selber erhofft in seinem anderthalb Jahre nach der Vollendung geschriebenen Vorwort eine publizistische Nebenwirkung seines Buches. Und ich meine, es erfüllt in dieser bei jetzigen Zeitläuften eine sehr wichtige Mission. Denn die Frage, was wir aus der Geschichte der Reichsgründung lernen können, ist an einem Wendepunkte unseres Nationaldaseins, wo unendlich vieles neugestaltet werden muß und die

wichtigsten politischen und nationalen Probleme sich erheben, von grundlegender Bedeutung. Auch ich möchte darum mit dem Verfasser wünschen, daß das Buch „auch unter denen Leser finde, die an der Neugestaltung unseres öffentlichen Lebens nach dem Kriege mitzuarbeiten berufen und gewillt sind.“ Freilich vermag nicht jeder die gleiche Moral aus der Geschichte zu ziehen.

Wenn wir heute nach der Wendung Deutschlands zur Weltpolitik und nach dem Erlebnis des Weltkriegs auf die Reichsgründungszeit zurückschauen, dann werden wir die damals siegreiche kleindeutsche Politik als eine relative zeitliche Notwendigkeit, aber nicht mehr als absolut höherwertig als die entgegengesetzten Tendenzen ansehen. Der Geschichtsbetrachtung der deutschen Entwicklung im 19. Jahrhundert ist in Zukunft vor allem eins zu wünschen: mehr Herzensverständnis, mehr Liebe für die Mächte und Richtungen, die in dem großen Kampfe um die deutsche Einheit unterlegen sind. Unser Urteil ist bisher zu einseitig von den Normen der kleindeutschen Publizistik ausgegangen. Das mag berechtigt gewesen sein, so lange der Bestand des neuen Reiches nach innen oder außen nicht völlig gesichert schien. Aber nun nach der großen Bewährung, die wir alle erlebt haben, nachdem sich alle maßgebenden Parteien und Weltanschauungen zu positiver Arbeit endgültig auf den Boden des Reiches gestellt haben, nachdem eine niedagewesene Riesenkoalition aller äußeren Feinde an diesem Reiche sich die Köpfe blutig gestoßen hat, nun ist es eine schöne Pflicht unserer Wissenschaft, die volle Unbefangtheit des Urteils für die Männer zurückzugewinnen, die einst die deutsche Einheit auf anderem Wege und mit anderen Mitteln erstrebt haben als Bismarck und der Nationalverein, oder die überhaupt andere politische Ideale im Herzen trugen. Wir haben nicht mehr nötig, über Friedrich Wilhelm IV., über Großdeutschtum, Partikularismus, Klerikalismus im Tone der kleindeutschen Geschichtsschreibung und Publizistik zu reden. Wir sind in der Atmosphäre des Weltkrieges, in dem Partikularisten, Katholiken, Sozialdemokraten und nicht zum wenigsten auch die 1866 hinausgeworfenen Bundesbrüder aus dem Donauraum ebensogut ihre Pflicht getan haben, wie die Männer der Reichsgründungsparteien, doch wohl nun hoffentlich frei geworden für neues historisches Verständnis für die ehemaligen „Reichsfeinde“, die doch auch unser eigenes gutes deutsches Blut in den Adern hatten und mit echtem deutschem Geiste getauft waren! Diese Forderung einer gleichmäßigen Liebe erfüllt das vor dem Kriege geschriebene Buch von Brandenburg noch nicht. Der Verfasser ist überall gemäßigt im Urteil, aber Liebe hat er doch nur für die kleindeutsche Partei, für die preußische Art, das nationale Problem in Angriff zu nehmen, für Bismarck und diejenigen Achtundvierziger, die für seine Vorläufer gelten können. Wenn nach dem Kriege wieder einmal ein Historiker über die Reichsgründung schreiben sollte, dann wäre zu wünschen, daß es ein Mann sei, der Verständnis des Herzens, nicht nur des Kopfes hat auch für die Partikularisten und Legitimisten, für die Katholiken und vor allem für Österreich.

Dann wird man dem oft beachteten Stoff ganz ungeahnte neue Seiten und Erkenntnisse abgewinnen, zu denen Brandenburg bei aller seiner hervorragenden Sachkenntnis und Gebiegenheit des Urteils doch noch nicht gelangt ist.

Die Geschichtsschreibung muß sich von der Vorstellung frei machen, als ob die Kleindeutsche Nationalentwicklung die einzige gewesen wäre, die das deutsche Volk überhaupt hätte einschlagen können, ohne geradezu unterzugehen. Im 19. Jahrhundert gab es noch manche andere Möglichkeit, in die wir uns heute schwer hineindenken können, die aber zu ihrer Zeit mindestens gleichberechtigt erschien. Das ganze uns heute so selbstverständliche lebendige Nationalgefühl war vor hundert Jahren noch keineswegs Gemeingut des deutschen Volkes, und selbst in den führenden gebildeten Schichten, wo es zweifellos vorhanden war, trug es außerordentlich blasse Züge. Wir dürfen unsere neudeutschen Wertbegriffe nicht bei unseren Urgroßvätern voraussetzen. Brandenburg betont denn auch mit Recht mehrfach, daß es außerordentlich problematisch ist, ob breite Volkskreise dem nationalen und dem liberalen Gedanken oder wenigstens einem von beiden wirklich gewonnen waren. Es ist recht wahrscheinlich, daß selbst 1848 das breite Volk hauptsächlich Erleichterung wirtschaftlichen und persönlichen Drucks erhofft hat, und daß ihm Verfassung und Einheit verhältnismäßig recht gleichgültig waren. Ja sogar unmittelbar vor 1870 war die Stimmung weiter Volkskreise erstaunlich wenig national und liberal trotz des Nationalvereins. Nur wenn eine unmittelbare Kriegsgefahr heraufzog, wie im Juli 1870 und schon vorher vielleicht 1840, da entbrannte der elementare Volkszorn. Es war mehr das beleidigte deutsche Rechtsgefühl gegen die Anmaßungen des Nachbarn als eigentliches Nationalbewußtsein. Wer den August 1914 miterlebt hat, wird ja wissen, was ich meine. Auch diesen gegenwärtigen Krieg führt das eigentliche Volk mit anderen nationalen Wertbegriffen als die Männer, die in den Zeitungen schreiben. Wer selber mit draußen in den Schützengräben unter dem Volke gelebt hat, der wird, wenn er einiges ethische Feingefühl hat, davon einen tiefen Eindruck behalten.

Nur wer sich eine richtige Vorstellung vom deutschen Nationalgefühl und seinem Umfange vor hundert Jahren macht, wird begreifen können, wie als Ergebnis der Freiheitskriege der Deutsche Bund zustande kommen konnte. Eine bloße Versicherung für den augenblicklichen Besitzstand gegen äußere und innere Gefahren, wie der Bund war, genügte eben damals allen maßgebenden Faktoren. Das sagt auch Brandenburg. Daß der Bund entwicklungsunfähig und als solcher militärisch ohnmächtig war, das war sein schlimmster Fehler. Denn dem Einheitsgedanken gehörte nun einmal eine größere Zukunft, als seine damalige Gegenwart ahnen ließ.

An Möglichkeiten fortschreitender Einigung zählt Brandenburg folgende auf: Triaspläne, österreichische Hegemonie, preußische Hegemonie. Die Triaspläne tut er kurz ab. Von der österreichischen Hegemonie sagt er, sie wäre nicht möglich gewesen, ohne Preußen zu zertrümmern, da eine Ausschaltung Preußens

nicht in gleicher Weise möglich war wie die Österreichs. Man hätte halb Deutschland ausgeschaltet. Österreich sei aber an sich ungeeignet gewesen, erstens weil es ein zu wenig deutscher Staat sei, und die Verbindung der nichtdeutschen Teile mit dem Deutschen Reich ein unlösbares Problem sei. Demgegenüber wäre zu sagen, daß man um die Lösung eben dieses angeblich unlösbaren Problems zurzeit gerade eifrig bemüht ist. Es ist ja nichts anderes als das „mitteleuropäische“ Problem, wie es Friedrich Naumann genannt hat. Zweitens sei Österreich ungeeignet gewesen, weil seine wirtschaftlichen und politischen Interessen nach dem Balkan und nach Italien wiesen, und Deutschland so von seinen eigenen Interessen abgezogen worden wäre. Diese Behauptung beruht auf einer nicht ohne weiteres berechtigten Anwendung des Satzes der Identität: Aus der durch die folgende Entwicklung geschaffenen Identität der preußischen und deutschen Wirtschaftsinteressen, wird eine Identität schon für die Zeit vor dem Zollverein vorausgesetzt. Wahrscheinlich hätten die Wirtschaftsinteressen Deutschlands auch im österreichischen Sinne entwickelt werden können. Ist doch eine den österreichischen parallele Entwicklung unserer Orientinteressen nachträglich auch noch eingetreten. Die erhoffte Zukunft unseres Bündnisses mit Bulgarien und der Türkei, die kürzlich auch vom Reichskanzler in Aussicht gestellte Ausdehnung unserer politischen Einflusssphäre über die bisherigen russischen Westprovinzen und die damit vermutlich verbundene Wiederaufnahme der alten ostdeutschen Kolonisation wendet das Gesicht unserer ökonomischen Expansion von der Nordsee ab nach Süden und Osten. Und da die bisherigen atlantischen Interessen weiter bestehen werden, so wird wahrscheinlich ein Januskopf entstehen, der am besten beweist, daß von Hause aus beide Möglichkeiten denkbar waren. Drittens war, nach Brandenburg, Österreich nicht in der Lage, die deutsche Vormacht zu werden, weil es katholisch war und damit unfähig, den Bedürfnissen der modernen Kultur und Bildung Rechnung zu tragen. Das ist zum wenigsten eine ganz einseitig protestantische Anschauung, die man unmöglich zugeben darf! Das deutsche Volk ist ebensogut katholisch wie evangelisch, und man darf nicht die Kulturbedürfnisse der einen Hälfte ohne weiteres nicht gelten lassen. Wir müssen uns untereinander vertragen, und wir Protestanten dürfen uns nicht einbilden, Reichsgestinnung und nationale Kultur in Erbpacht zu haben. Und endlich sei viertens noch Österreich ungeeignet gewesen, weil es wegen seiner schwierigen Nationalitätenverhältnisse der Vorkämpfer des Absolutismus hätte sein müssen, die Lösung der deutschen Frage aber nicht möglich gewesen sei ohne Zugeständnisse an den Konstitutionalismus. Dagegen wäre einzuwenden, daß das Österreich Metternichs doch nicht das einzig mögliche Österreich war und ist. Auch die Donaumonarchie hat sich mit dem Konstitutionalismus abgefunden.

So sehr von vornherein ausgemacht war also die Notwendigkeit der preußischen Hegemonie nicht, wie es Brandenburg meint. Einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zu ihr bedeutet die Entwicklung der Wirtschaftsinteressen in der Richtung des preußischen Zollvereins, obwohl Brandenburg

merkwürdigerweise gerade die nationale Bedeutung des Zollvereins zu verkleinern bestrebt ist. Man darf ihm insofern beistimmen, als der Zollverein von Preußen gewiß nicht geschaffen und lange Zeit erhalten worden ist in der Absicht, auf nationale Bestrebungen einzugehen. Trotzdem liegt die große nationale Bedeutung des Vereins auf der Hand. Er war der für jedes Auge sinnfällige Prototyp des kleineren Deutschlands, dessen Denkbare gerade an ihm den Zeitgenossen deutlicher zu Gemüte geführt worden ist, wie an irgend etwas anderem. Auch sind frühzeitig starke politische Hoffnungen an den Zollverein geknüpft worden, die z. B. in den Beschlüssen von Heppenheim 1847 Gestalt gewannen.

Innerhalb der achtundvierziger Bewegung muß man sich hüten, die großdeutschen und kleindeutschen Bestrebungen allzu scharf zu scheiden. Im Oktober 1848 z. B. kam ein Vermittlungsantrag Heinrichs von Gagern vor die Paulskirche, wonach die deutschen Staaten außer Österreich einen engeren Bund unter sich bilden, dann aber mit Österreich einen weiteren gleichfalls unlösbaren Bund schließen sollten. Der Antrag nimmt im Grunde schon das Problem des heutigen Mitteleuropa und auch der Zweibundpolitik Bismarcks und Andrassys nach der Entscheidung von 1866 vorweg. Er hatte keinen unmittelbaren Erfolg, doch stand Gagern mit seinen Hoffnungen keineswegs allein. Auf ein ganz ähnliches Ziel gingen in letzter Linie die deutschen Pläne Camphausens aus, nur daß er sich weit stärker als Gagern auf Preußen stützen wollte und an der preußischen Staatseinheit festhielt, die Gagern lieber gelockert hätte. Und verwandte Gedanken hegte endlich auch Radowiz, einer der nächsten persönlichen Freunde Friedrich Wilhelms des Vierten. Camphausen und Radowiz waren einflußreiche Leute: jener nach seinem Ministerium preußischer Vertreter in Frankfurt, dieser der spiritus rector der preußischen Unionspolitik. Sie sind auch sicherlich die beiden Politiker auf preußischer Seite, die am meisten Bismarcks spätere Bahnen geebnet haben.

Bismarcks deutsches Programm war: nicht anders als durch Gewalt ist die deutsche Frage zu lösen, und nicht anders als nach Maßgabe der preußischen Interessen darf sie gelöst werden. Bismarck hatte in der inneren wie in der auswärtigen Politik keine anderen Grundsätze als das Interesse Preußens und keine anderen ethischen Normen seines Handelns als seine Königstreue und sein Standesbewußtsein. Er blieb zeitlebens ein echter Junker, nur daß er sehr viel mehr gelernt hatte als die meisten seiner Standesgenossen und ein diplomatisches Genie war. Die Darstellung der Persönlichkeit Bismarcks gehört zu dem Besten in Brandenburgs Buche.

Vor dem Vorwurf eine brutale Politik betrieben zu haben, sollte Bismarck freilich geschützt sein. Daß ihm nichts ferner lag, als Österreich oder die deutschen Mittelstaaten brutal niederzuwerfen, hat er nach der Entscheidung von 1866 bewiesen, wo er um sofortige Heilung der Wunden mehr bemüht war, als irgendein anderer unter den damaligen Leitern der deutschen Geschichte.

In der Tat ist es ihm ja gelungen bis 1870, andererseits bis 1879 die vollkommene Versöhnung mit den Gegnern von Sechshundsechzig zu erreichen. Er griff nur so lange gewaltsam zu, als ohne Gewalt die Karre der deutschen Einheit stecken geblieben wäre. So hat er den Bruch mit Österreich von vornherein gewollt, schon vor der gemeinsamen Aktion in Schleswig-Holstein 1863 bis 1864, in der er den Kaiserstaat durch überlegene Diplomatie ganz nach seinem Willen bugsterte. Er hat dann versucht, wegen der Erbherzogtümer mit Österreich Handel anzufangen, aber bei dem anfänglichen Widerstreben und der dauernden Friedensliebe König Wilhelms gelang das nicht, und der Vertrag von Gastein (14. August 1865) verhinderte den Krieg. Nunmehr rollte Bismarck die Frage der Reform des Deutschen Bundes auf, verbündete sich mit Italien und verständigte sich mit Napoleon dem Dritten. Der neue preußische Bundesreformplan war von vornherein so berechnet, daß er für Österreich unannehmbar sein mußte. Trotzdem gab es Schwierigkeiten, die im letzten Augenblick auch diesmal den Bruch beinahe verhindert hätten. Bismarck mußte in Rücksicht auf den König Österreich als Angreifer erscheinen lassen, obwohl zweifellos Preußen der offensive Teil war. Ferner mußte er Napoleon in dem Glauben lassen, er werde für seine wohlwollende Neutralität bezahlt werden und andererseits mußte wieder König Wilhelm glauben, daß Napoleon keine Bezahlung beanspruche. Bismarck hatte bei diesem exponierten Spiel als positive Faktoren auf seiner Seite eigentlich nur die Trefflichkeit des preußischen Heeres und im Notfalle gegen einen Angriff Napoleons auf deutsches Gebiet das elementare Nationalgefühl des deutschen Volkes. Sonst war seine ganze Diplomatie nur auf einer meisterhaften Kombination aller Schwächen seiner verschiedenen Gegner aufgebaut.

Nicht in gleichem Maße von vornherein gewollt war von Bismarck der Bruch mit Frankreich, der 1870 die vollständige Einigung des heutigen Deutschen Reiches herbeiführte. Der Kanzler war unter Umständen gewillt, die süddeutschen Staaten noch längere Zeit ihre eigenen Wege gehen zu lassen, und hat keinesfalls sich in die spanische Thronfolgeangelegenheit in der Absicht eingelassen, den Krieg mit Frankreich herbeizuführen, der notwendigerweise einmal kommen mußte, und ohne den die Einheit Deutschlands nicht zu erreichen war. Er trieb vielmehr in Spanien die gleiche Bündnispolitik gegen Frankreich, wie sie Napoleon damals in Österreich und Italien gegen den Norddeutschen Bund trieb. Man wird mit Brandenburg sagen dürfen, daß Bismarck die Thronfolgefrage nicht aufgerollt hat, um mit ihrer Hilfe den Krieg zu entzünden, wohl aber auf die Gefahr des früher oder später ja doch ausbrechenden Krieges. Diese Auffassung bestätigt auch eine neue überaus gründliche Studie über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges von Richard Jester („Die Genesis der Emser Depesche“, Berlin, Gebrüder Paetel, 1915, Preis 4 Mark). Bekanntlich ist viel wichtiges Altenmaterial über die kritischen Julitage 1870 heute noch unserer Einsicht entzogen. Jester gelingt es vor allem durch eine peinlich genaue

Chronologie Licht in viele dunkle Stellen zu bringen. Mit Hilfe des glücklicherweise erhaltenen Julifahrplans der Eisenbahn von 1870 kann er die Reisen der beteiligten Diplomaten und Kuriere genau verfolgen. Ebenso sind die Aufgabe- und Ankunftszeiten der Briefe und Telegramme möglichst sicher festgestellt. Durch derart genaue Feststellung des Chronologisch Möglichen gewinnt Fester allerdings einen unanfechtbaren Maßstab der Kritik, dessen was in den uns vorliegenden Quellen wahr sein kann. Der Hergang des diplomatischen Kampfes bleibt in den Hauptzügen der bekannte: Durch das vorzeitige Bekanntwerden der hohenzollernschen Thronkandidatur drohte eine schwere diplomatische Niederlage Preußens, die König Wilhelm verhütete, indem er die sofortige Verzichtleistung des Erbprinzen Leopold herbeiführte. Durch seine nachträgliche Garantieforderung: König Wilhelm solle erklären, er werde niemals zulassen, daß der Erbprinz je auf seine Kandidatur zurückkomme, setzte sich Frankreich ins Unrecht. Bismarck bereitete schon seinerseits eine preußische Garantieforderung an Frankreich vor, wonach die Regierung Napoleons in irgend einer offiziellen Form erklären sollte, daß sie mit der Lösung der spanischen Frage durch den Verzicht zufrieden sei und die Drohungen gegen Preußen zurücknehme, als die Ankunft der Emser Depesche einen noch kürzeren Weg eröffnete, Frankreich vor der europäischen Öffentlichkeit als den Störenfried hinzustellen. An dem meisterhaften Schachzug der Emser Depesche ist nach Festers Urteil das Verdienst Abekens größer, als ihm bisher zugebilligt worden ist. Schon das Abekensche Urtelegramm ist keineswegs kleinlauter als die Bismarcksche Redaktion. Bismarcks Verdienst bleibt nur die unvergleichlich meisterhafte Ausnutzung der Depesche mittels ihrer Redaktion vor der Öffentlichkeit, wie durch Mitteilung der Einzelheiten an wichtigen Fürstenhöfen; denn dadurch gewann er die legitimistische Empfindlichkeit besonders in Petersburg und München für sich. Alle diese Gesichtspunkte entwickelt Fester höchst interessant, wie überhaupt dem Verfasser nachzurühmen ist, daß er es versteht, bei der Erörterung minutiöser Kleinigkeiten nicht zu langweilen. Er liebt es, die diplomatischen Aktionen mit Ausdrücken der Taktik und Strategie zu umschreiben, läßt also mit gutem Glück — eine Umkehrung der bekannten Lehre von Clausewitz! — dem Leser den diplomatischen Kampf schon als einen Krieg mit veränderten Mitteln erscheinen.

Das Festersche Buch ist geeignet, uns die diplomatische Einzelarbeit würdigen zu lehren, die neben den großen Ideen und Entschlüssen auch in unendlicher Fülle dazu gehört hat, uns unser neues Deutsches Reich aufzurichten. Im Großen wie im Kleinen ist damals eine Riesenarbeit für uns geleistet worden. Mit umso freudigerem Stolze dürfen wir heute, wo wir die größte Krisis unserer Geschichte bestehen, vor unserem Gewissen bekennen, daß die Söhne der Väter nicht unwürdig sind, und daß man das Vertrauen zu ihnen haben darf: sie werden fähig sein, auch auf einer von Bismarck gefügten Grundlage nach eigenem Geist und Bedürfnis weiterzubauen.